

An die Medien

Lausanne, 8. April 2022

Pressemitteilung

Volksinitiative gegen Massentierhaltung: Uniterre beschliesst Stimmfreigabe

Bei ihrer Generalversammlung am 1. April 2022 haben sich die Mitglieder von Uniterre ausführlich über die Hintergründe, der von Sentience Politics lancierten Volksinitiative zur Abschaffung der Massentierhaltung in der Schweiz, ausgetauscht. Die lebhaft, aber respektvolle Diskussion führte jedoch nicht zu einem Konsens.

Die Bäuerinnen- und Bauernorganisation Uniterre erkennt den Wert des Textes an, der darauf abzielt, die grossen industriellen Tierhaltungsbetriebe abzuschaffen, zugunsten von bäuerlichen Betrieben mit „humaner“ Grösse.. Sie begrüsst den Willen der Initiator*innen, den Fleischkonsum einzuschränken und sich um das Wohlergehen der Tiere zu kümmern, und freut sich insbesondere über die Feststellung, dass die gleichen Standards auch für importierte tierische Produkte gelten sollen.

Unsere Mitglieder waren jedoch der Ansicht, dass der Text zu vage sei, um die Auswirkungen auf die Bauernfamilien vollständig abschätzen zu können. Die Richtlinien von Bio Suisse werden als Mindeststandard genannt, ohne eine absolute Regel zu sein. Darüber hinaus besteht eine markante Unklarheit darüber, wie der Begriff "intensiv" oder das Tierwohl selbst definiert werden. Erfährt beispielsweise eine Kuh, die in einem Bergstall angebunden wird, ausreichendes Wohlbefinden, oder würde dies im Falle eines JA in Frage gestellt? Der Text legt dies nicht deutlich genug fest.

Auch das Kaufverhalten der Konsumentinnen und Konsumenten wurde hinterfragt, und für Uniterre, wie auch für viele andere Organisationen, findet die erste Abstimmung beim täglichen Einkauf statt.

Andererseits wurde der Text zwar nicht als geeignet erachtet, um die anstehende Problematik in den Griff zu bekommen, aber die negativen Auswirkungen der Massentierhaltung sind dennoch sehr real. Die Mitglieder von Uniterre erkennen mehrheitlich an, dass das Agrar- und Lebensmittelsystem nicht in der Lage ist, den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, weder aus klimatischer, noch aus ökologischer, sozialer oder gesundheitlicher Sicht. Es ist dringend notwendig, andere Wege zu erkunden, um ein nachhaltiges und widerstandsfähiges Agrar- und Lebensmittelsystem zu erreichen. Dies erfordert eine Aufwertung der Arbeit von Bäuerinnen und Bauern und eine Änderung unseres Konsumverhaltens, nicht nur für Produkte, die von unseren Tieren stammen, sondern für unsere gesamte Ernährung.

Aus diesem Grund hat sich Uniterre für die Stimmfreigabe entschieden. Unsere Organisation wird jedoch keine Gelegenheit auslassen, um ihre Argumente für eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, wie sie von der La Via Campesina gefördert wird, in Erinnerung zu rufen. Sie ruft die gesamte Bevölkerung dazu auf, über ihre Erwartungen an die Schweizer Landwirtschaft nachzudenken, und ermutigt sie, Bäuerinnen und Bauern zu besuchen, um die Probleme, aber auch mögliche Lösungen, besser zu erkennen.

Lausanne, den 8. April 2022

Pressekontakte:

Maurus Gerber, Präsident, pensionierter Bauer (d/f): 081 864 70 22

Die Forderungen von Uniterre :

- Ein politischer Rahmen, der den Bauernfamilien eine starke Unterstützung bietet: Hilfen zur Finanzierung von Gebäuden, z.B.
- Ein vernünftiger Fleischkonsum, der strikt einheimisch ist, von der Schnauze bis zum Schwanz des Tieres.
- Preise, die die gesamten Produktionskosten decken, denn Maßnahmen zur Förderung des Tierschutzes kosten Geld.
- Eine erhebliche Aufwertung der Kulturen für den menschlichen Verzehr, um Produktionsumstellungen zu fördern, wo dies möglich ist.
- Transparenz in der Wertschöpfungskette und eine gerechte Verteilung des Mehrwerts für jedes Glied der Kette.
- Einen wirksamen Zollschutz.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Paradigmenwechsel notwendig ist, um die angestrebten Ziele zu erreichen, und dieser kann nur mit der Unterstützung aller erreicht werden. Die Bauernfamilien können die Belastungen, die sich aus diesem Wandel ergeben werden, nicht allein tragen.